

16. ^{ult} Sitzung des Bundesrates vom 8. März 1948.

Vorsitz: Herr Vizepräsident Nobs.
 Abwesend: Herr Bundespräsident Celio (krank).
 Schriftführer: HH. Leimgruber und Weber.
 Protokolle: Die Protokolle der 4. und 5. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 9 Uhr

Schluss: 12 Uhr 10.

1. Auswärtige Angelegenheiten.

Konferenz von Havanna.

Es wird beschlossen, Herrn Minister Stucki zu verständigen, dass der Bundesrat von seinem Bericht Kenntnis genommen hat, dass er damit einverstanden ist und für das Erreichte dankt.

Konferenz von Paris.

Hr. Petitpierre: Auf der Tagesordnung steht auch die Teilnahme der 3 Westzonen Deutschlands an der Konferenz.

Waffenschmuggel für arabische Länder.

Hr. Petitpierre: Es sollen in grossem Umfange Waffen durch südamerikanische Länder gekauft und an arabische Länder weitergegeben worden sein.

Hr. Vizepräsident Nobs: Wie lauten die entsprechenden Verträge der spanischen Käufer mit Bülle?

Hr. Petitpierre: Ich kenne den Fall noch nicht näher. Man muss auch prüfen, welche Sanktionen getroffen werden können.

Hr. von Steiger: Man muss von der Oberzolldirektion wissen, unter welchen Bestimmungen diese Ware das Land verlässt. Im weitern gewärtigen wir auch die Mitteilungen des EMD.

Hr. Kobelt: Es muss sich um schweizerische Waffen handeln, die wir früher an Südamerika geliefert haben.
 Ich werde das Nähere abklären.

Diskussion über die internationale Lage.

(S. besonderes Protokoll im Anhang).

2. Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Inneres: Schutz des schweiz. Buchverlages gegen Ueberfremdung, Aufhebung.

Hr. Etter: Es ist wohl möglich, dass wir mit der Aufhebung einige Schwierigkeiten in Kauf nehmen müssen. Es gibt aber weitere Mittel, um solche Gründungen zu verhindern.

Hr. von Steiger: Der Wind hat gedreht. Duttweiler will, dass man die Staatsschutzbestimmungen verstärkt. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass heute eine Fortsetzung noch möglich wäre.

Beschluss: Auf den Kanzleisch.

Revision des BG vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer. Justiz u. Polizei:

Die Räte sollen ersucht werden, die Kommissionen zu bestellen und die Prioritäten zu bestimmen.

Einmietung privater Motorräder für Schulen und Kurse. Militär:

Begnadigungsgesuche Grom, Widmer, Vögeli, Brander, Grosclaude.

Kleine Anfrage Nicole.
Kleine Anfrage Jaekle.

Zuteilung der Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung und des Delegierten für Arbeitsbeschaffung an das eidg. Volkswirtschaftsdepartement.

Schweiz. Delegation für Probleme der französisch-schweiz. Wirtschaftsbeziehungen. Volkswirtschaft

Instruktionen für die Verhandlungsdelegation für die Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Spöls und des Reno di Lei. Post u. Eisenbahn:

Hr. Kobelt: Einverstanden, aber Ziff. 1, lit. c, ist mir zu scharf. Man soll das nicht in so kategorischer Form sagen.

Hr. Etter: Wir könnten sagen: Sollten italienischerseits andere Vorschläge auf schweizerische Gebietsabtretungen gemacht werden, so sind diese dem Bundesrat zu unterbreiten.

Beschluss: Zustimmung zu diesem Antrag. Alle Departemente erhalten einen Auszug aus dem Protokoll mit diesen Instruktionen.

3. Umfrage:

Gesetzsammlung.

Hr. von Steiger: stellt fest, dass der Kredit für den Band mit dem Staatsvertragsrecht da ist. Er ist gedeckt durch den Bundesbeschluss.

Barackenlager in Obwalden.

Hr. Kobelt: Die Naturfreunde Basel stellen das Gesuch, man möchte ihnen das militärische Barackenlager zur Verfügung stellen. Diese Organisation steht, nach Mitteilung der Bundesanwaltschaft, unter mehrheitlich kommunistischem Einfluss. Heute spricht alles dafür, das Gesuch abzulehnen.

Beschluss: Einverstanden, dass man die Baracken nicht zur Verfügung stellt.

Militärattaché in Paris.

Hr. Kobelt: Vorgesehen ist Hr. Oberst i. Gst. de Blonay. Er war seinerzeit mit Minister Stucki bei der Vichy-Regierung. Der Generalstabschef hält an seiner Nomination fest. Man sei

in Frankreich heute nicht mehr so streng.

Hr. Petitpierre: Wenn de Gaulle an die Macht kommt, ist unser Militärattache in einer peniblen Lage.

Es wird im Sinne des Antrages Kobelt beschlossen.

Ordentliche Sitzung vom 8. März.

Anhang.

(Siehe Seite 4.)

1.) Es besteht zur Zeit eine gewisse Unsicherheit über die Natur der Bedrohung von vorläufig lokaler Natur in Griechenland, in der Türkei, in Irak, in Korea, in Japan, in Indonien, in China.

2.) Bürgerkrieg in China.

Es sieht nicht so aus, wie wenn ein grosser Krieg ausbrechen sollte. Weber Amerika noch Sowjetland möchten jetzt Krieg anfangen. Der neuasiatische Punkt ist Griechenland. Es könnte sein, dass Griechenland in nächster Zeit von seinen Nachbarn angegriffen wird, ohne dass sich Russland direkt einmischen wird.

3.) Der schlimmste Konflikt, die Ausbreitung des Kommunismus und der Kampf dagegen, wird auch seinen Einfluss auf die Schweiz haben. Einige Männer, die gleichzeitig die Führer Russlands und des Kommunismus sind, üben in dieser Doppelfunktion ihre Herrschaft aus über eine ganze Anzahl anderer Länder. Der Ostblock ist keine Vereinigung freier, souveräner Länder. Wir haben hier vielmehr eine Zahl gleichgeschalteter Regierungen, die einer einheitlichen zentralen Leitung zu gehorchen haben. In diesen Staaten ist die Mehrheit der Bevölkerung antikommunistisch eingestellt und hofft auf die Beseitigung von kommunistischen Joch durch einen Krieg. Der Ostblock ist wirtschaftlich, politisch und militärisch in erster Organisation begriffen. Das Ziel ist die Schaffung einer unter einheitlicher Leitung stehenden militärischen Macht der Katholiken. Diese Zielsetzung zeigt sich im Austausch der Lastschriften, die die Sprache des Landes, in welchem sie dienen lasten, für eine bessere Befehls- und Nachrichtenübermittlung lernen müssen und die auch die Uniformen dieses Landes tragen. Auch alle diese Länder ist der freie Durchgang von Truppen sichergestellt.

Die Diktatur der Sowjetunion zeigt sich in allen diesen Staaten. Die russische Arme und der Kommunismus arbeiten auf ein Ziel hin. Die Ausdehnung der territorialen Macht und der kommunistischen Idee, die eine Religion ist, gehen Hand in Hand. Das Charakteristische dieser "Dynamik" ist die Feindschaft gegen alles, was sich der Verwirklichung der Ziele der Führer entgegenstellt. Wir können bei uns Lage den Unterschied machen zwischen dem russischen Staat und dem Kommunismus. Von Russland aus betrachtet ist der Widerstand gegen den Kommunismus das Kriterium für die Beurteilung, ob ein Staat ein Feind Russlands anzusehen ist oder nicht.

Die europäische Bindung der Tschechoslowakei an Russland genügt nicht. Die tschechische Regierung müsste unbedingt auch kommunistisch werden. Es wird im weiteren Laufe der Entwicklung

GEHEIM.Diskussion über die internationale Lage.

Aus den Bundesratssitzungen vom 8. und 9. März 1948.

Ordentliche Sitzung vom 8. März.Hr. Petitpierre:

1.) Es bestehen zur Zeit eine ganze Reihe von Konfliktherden von vorläufig lokaler Natur in Griechenland, in der Bedrohung der Türkei, im Irak, in Korea, in Indien, in Palästina.

2.) Bürgerkrieg in China.

Es sieht nicht so aus, wie wenn ein grosser Krieg ausbrechen sollte. Weder Amerika noch Sowjetrussland möchten jetzt Krieg anfangen. Der neuralgische Punkt ist Griechenland. Es könnte sein, dass Griechenland in nächster Zeit von seinen Nachbarn angegriffen wird, ohne dass sich Russland direkt einmischt.

3.) Der schlimmste Konflikt, die Ausbreitung des Kommunismus und der Kampf dagegen, wird auch seinen Einfluss auf die Schweiz haben. Einige Männer, die gleichzeitig die Führer Russlands und des Kommunismus sind, üben in dieser Doppelleienschaft ihre Herrschaft aus über eine ganze Zahl anderer Länder. Der Ostblock ist keine Vereinigung freier, souveräner Länder. Wir haben hier vielmehr eine Zahl gleichgeschalteter Regierungen, die einer einheitlichen zentralen Leitung zu gehorchen haben. In diesen Staaten ist die Mehrheit der Bevölkerung antikommunistisch eingestellt und hofft auf die Befreiung vom kommunistischen Joch durch einen Krieg. Der Ostblock ist wirtschaftlich, politisch und militärisch in straffer Organisation begriffen. Das Ziel ist die Schaffung einer unter einheitlicher Leitung stehenden militärischen Macht der Ostblockstaaten. Diese Zielsetzung zeigt sich im Austausch der Instrukteure, die die Sprache des Landes, in welchem sie Dienst leisten, für eine bessere Befehls- und Nachrichtenübermittlung lernen müssen und die auch die Uniformen dieses Landes tragen. Durch alle diese Länder ist der freie Durchzug von Truppen sichergestellt.

Die Diktatur der Sowjetrussen zeigt sich in allen diesen Staaten. Die russische Armee und der Kommunismus arbeiten auf ein Ziel hin. Die Ausdehnung der territorialen Macht und der kommunistischen Idee, die eine Religion ist, gehen Hand in Hand. Das Charakteristische dieser "Dynamik" ist die Feindschaft gegen alles, was sich der Verwirklichung der Ziele der Führer entgegensetzt. Wir können bei uns lange den Unterschied machen zwischen dem russischen Staat und dem Kommunismus. Von Russland aus betrachtet ist der Widerstand gegen den Kommunismus das Kriterium für die Beurteilung, ob ein Staat als Feind Russlands anzusehen ist oder nicht.

Die aussenpolitische Bindung der Tschechoslowakei an Russland genügte nicht. Die tschechische Regierung musste unbedingt auch kommunistisch werden. Es wird im weitem Laufe der Entwicklung

nur noch zwei Sorten von Menschen geben: solche, die sich dem Kommunismus unterordnen und solche, die es nicht tun. Das militärische Kräfteverhältnis in Europa steht heute wie 1 zu 4 für Russland.

Ein Krieg erscheint als unvermeidlich. Es fragt sich nur, wann er ausbrechen wird. Russland tut alles, um den wirtschaftlichen Aufschwung der Länder zu verhindern.

Das nächste Land, das an die Reihe kommen wird, ist Italien. Sollte sich bei den Wahlen eine Mehrheit gegen den Kommunismus aussprechen, dann besteht alle Wahrscheinlichkeit für die Organisation eines bewaffneten Umsturzes.

Die Gegenpartei des Ostblockes besteht aus Ländern, die schlecht organisiert sind. Die Schweiz ist das einzige Land, das wirtschaftlich, militärisch und politisch ganz gesund geblieben ist. Alle diese Schwachen wollen sich zusammenschliessen, um dem Kommunismus und dem territorialen Ausdehnungsdrang Russlands zu widerstehen.

Man begeht einen Irrtum, wenn man glaubt, dass die Vereinigten Staaten unter allen Umständen ein Interesse an Europa haben. Es besteht die Möglichkeit, dass sie sich am Schicksal Europas desinteressieren könnten. Die Initiative von Bevin und Spaak verdient Erfolg zu haben. Für uns stellen sich in dieser Lage äusserst schwierige Probleme.

Unsere Neutralität.

Sie hat zwei Wurzeln:

- 1) in unserm Willen, uns von fremden Händeln fern zu halten.
- 2) in der Anerkennung unserer Neutralität durch den Wienerkongress und die Erklärungen von London.

Die beiden Hauptspieler USA und USSR sind nicht an die Neutralitätserklärung gebunden.

Trotzdem sind diese diplomatischen Akte noch in Kraft. Wir können uns noch darauf berufen. Sie haben aber viel an Bedeutung verloren. Eigentlich ist heute die Hauptwurzel der Neutralität nur noch unser eigene Wille, neutral zu bleiben. Die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes hatte zur Folge, dass das Interesse des Auslandes an der schweizerischen Neutralität weitgehend dahingefallen ist. Die Schweiz wird vom Ostblock nicht als neutrales Land betrachtet. Unsere Minister werden in keiner Weise auf gleicher Stufe behandelt wie die Minister der Oststaaten. Der Unterschied, den wir immer gemacht haben zwischen der Neutralität des Staates und derjenigen des einzelnen Bürgers wird nicht anerkannt. Theoretisch lässt sich dieser Unterschied noch rechtfertigen, praktisch hat er seine Bedeutung verloren.

Nach diesem Kriege wurde unsere Neutralität nicht verstanden. Heute ist rings um uns die herrschende Meinung, dass eine Neutralität nicht mehr möglich sei.

Wir müssen uns heute über die Richtlinien wieder klar werden.

Ist die Neutralität heute noch das beste Mittel zur Wahrung unserer Unabhängigkeit?

Als freie Demokratie, die gegen den Kommunismus ist, stehen wir bereits in einem dieser Lager. In einem Kampfe, in dem es auch um unsere eigene Demokratie und Unabhängigkeit geht, können wir nicht desinteressiert sein. Man gibt sich bei uns in dieser Frage vielfach Illusionen hin.

Man zieht Analogieschlüsse mit der Zeit vor dem letzten Kriege und glaubt, dass uns die gleiche Politik wieder retten könne.

Gleich ist die Lage insofern, als die gleichen Drohungen bestehen und die gleiche Missachtung vertraglicher Abmachungen wie damals.

Im Jahre 1939 hatten sich aber die meisten Staaten neutral erklärt. Die Mehrheit war neutral geblieben. Am Schlusse des Krieges zeigte es sich, dass nur zwei Staaten ihre Neutralität bewahren konnten, die Schweiz und Schweden. Heute sind wir nicht im Krieg wie 1939. Ein Krieg wird beginnen bei der Besetzung von Westeuropa zur Erstellung eines europäischen Brückenkopfes. Es ist denkbar und möglich, dass die Schweiz zunächst nicht angegriffen wird. Trotzdem wird man ein Land, das gegen den Kommunismus kämpft, nicht mehr als neutral betrachten können.

Zwei Aktionen gegen den Kommunismus sind eingeleitet:

- 1) Wirtschaftlich: Marshallplan.
- 2) Politisch: Organisation des Westblockes.

Unsere Neutralität zwingt uns, uns zu weigern, an der Verteidigung gegen den Kommunismus mitzumachen. Bleiben wir neutral, dann helfen wir dem Kommunismus. Wir haben die gleichen Interessen zu verfechten, wie alle andern demokratischen Staaten. Versteht man uns, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, dass wir nicht mitmachen und die andern die Demokratie für uns retten lassen?

Für den Moment und solange es irgend geht, müssen wir unsern Neutralitätsstandpunkt aufrecht erhalten. Es wird aber immer schwerer werden, diese Politik lange weiterzuführen und die Solidarität mit den andern Demokratien abzulehnen.

Einen grossen Trumpf haben wir. Wir verlangen von den Vereinigten Staaten keine wirtschaftliche Hilfe.

Innenpolitisch wird die Durchführung der Politik, zu der uns die Entwicklung zwingen wird, grosse Schwierigkeiten mit sich bringen, weil man bei uns vieles nicht versteht und unserm Volke einfach die Vorstellungskraft (imagination) fehlt.

Für die Konferenz von Paris legen England und Frankreich grossen Wert darauf, dass die Delegationen durch die Aussenminister geführt werden. Die skandinavischen Staaten werden diese Marschroute befolgen. Ich bin eher der Meinung, dass die Schweiz sich durch den Gesandten vertreten lassen sollte. Wenn der Bundesrat mich abordnen würde, würde das in unserm

Volke grossen Widerstand auslösen.

Objektiv betrachtet ist allerdings die Gefahr, dass sich in diesem Falle ein Bundesrat in ein Abenteuer einlässt, nicht gross. Schwerer ist der Einwand zu werten, dass man, wenn ^{man} einmal angefangen hat, das nächste Mal nicht mehr gut "Nein" sagen kann.

Im Lande selbst, können wir durch folgende Massnahmen die drohenden Gefahren bekämpfen:

- 1) Kampf gegen den Kommunismus.
- 2) Massnahmen gegen die Ausländer, die sich auf unserm Territorium Polizeimassnahmen erlauben. Jugoslawien hat Verhaftungen eigener Bürger vorgenommen. Rumänien hat Nachforschungen nach Vermögen von Rumänen in der Schweiz angestellt.
- 3) Militärische und wirtschaftliche Massnahmen für den Fall einer Verschärfung der Lage.
- 4) Stärkung der inneren Front. Kampf gegen die Krise, die eine Ausbreitung des Kommunismus begünstigen wird. Es ist die höchste Zeit, dass wir uns mit diesen Problemen befassen. Wir sollten hier und da eine Sitzung reservieren für die Besprechung solcher Fragen.

Ein einziges Problem muss heute im Bundesrat besprochen werden - die Zusammensetzung der schweizerischen Delegation für Paris.

- 1) Soll ein Mitglied des Bundesrates das Präsidium übernehmen?
- 2) Soll Minister Burckhardt Delegationschef sein?

Hr. Vizepräsident Nobs: Ich danke dem Chef des Politischen Departements für die hochinteressanten und klaren Ausführungen. Wir diskutieren nun die Frage der Zusammensetzung der schweizerischen Delegation.

Mich würde es interessieren, ob mit dem Chef des Politischen Departementes von diplomatischer Seite des Westens Fühlung genommen wurde zur Abklärung der Stellung der Schweiz zum Westblock? Wurden im Schosse der Kommission für auswärtige Angelegenheiten diese Fragen besprochen?

Hr. Etter: Ich wäre der Meinung, dass uns auch der Chef EMD eine Darstellung unserer militärpolitischen Lage geben sollte. Ich muss mir alle diese Fragen noch durch den Kopf gehen lassen und beantrage deshalb, dass wir am Dienstag nachmittag zum Antrag des Politischen Departementes Stellung nehmen.

Hr. Vizepräsident Nobs: Das wird nicht gehen. Es sind verschiedene Fraktions Sitzungen vorgesehen.

Hr. von Steiger: Ich beantrage, dass wir uns kurz unter dem frischen Eindruck der Beurteilung der Lage aussprechen.

Hr. Etter: Ich schliesse nicht dem Dank des Vorsitzenden an. Wir müssen uns jetzt von Zeit zu Zeit eine Synthese der gesamten

- 8 -

Entwicklung geben lassen. Ich bin damit einverstanden, dass wir heute auch die innenpolitische Situation besprechen.

Ich muss gestehen, dass ich dem Vorsteher des Politischen Departementes nicht auf der ganzen Linie folgen kann. Er vertritt mehr oder weniger den Gedanken, dass unser Neutralitätsstatut und unsere Neutralitätspolitik einer Revision bedürfen. Da kann ich mich nicht anschliessen. Wir haben weitgehend eine ähnliche Lage wie 1940. Die Frage der Aufgabe der Neutralität stellte sich schon vor dem Kriege. 1940 wurden Stimmen laut, wir sollten die Neutralität aufgeben, weil das Gleichgewicht komplet in Brüche gegangen sei. Es hiess damals, heraus aus der Neutralität und Stellung genommen gegen den Nationalsozialismus und Deutschland.

Ob sich die Neutralitätspolitik wirklich durchsetzen kann oder nicht, das spielt nicht die entscheidende Rolle. Es ist ein ganz grosser Unterschied, ob wir in einem Block mitmachen und so in den Krieg gerissen werden, oder ob man uns als neutralen Staat angreift. Auf die Dauer setzt sich das Recht durch. Darum müssen wir mit unserer Neutralität soweit wie möglich durchhalten.

Im Telegramm von Minister Rüeegg werden starke Argumente ins Feld geführt, die für eine Teilnahme des Chefs des Politischen Departementes sprechen sollen. Die Beispiele, die Herr Rüeegg als Präjudizien erwähnt, waren politischer Natur. Damals waren wir Mitglieder des Völkerbundes. Wäre es gut, wenn wir die Schweiz jetzt so stark engagieren würden? Wenn Bevin so stark darauf drängt, dass die Aussenminister mitmachen, so beweist das nur, welche starke politische Bedeutung man im westlichen Lager dieser Konferenz beimisst.

Hr. von Steiger: Mit den Worten des Dankes für das Referat bin ich einverstanden. Wenn Herr Petitpierre jeweilen über unsere Neutralität spricht, so pflegt er ganz nahe am Gedanken vorbeizugehen, eine Aufgabe zu empfehlen. Das können wir nicht. Selbst wenn die Wiener Garantie *de iure* nicht mehr gilt, so ist es wichtig, dass wir in Treue zu unserer eigenen Staatsauffassung stehen. Die Alliierten können nicht verlangen, dass wir mehr tun. Welches Land hat weniger Kommunisten als die Schweiz? Welches Land macht grössere militärische Anstrengungen als die Schweiz?

Auch wenn Russland immer wieder behauptet, wir seien schon längst nicht mehr neutral, so ist das für unsere Neutralitätspolitik bedeutungslos. Wir machen nach wie vor den Unterschied zwischen dem völkerrechtlichen Begriff der Neutralität, der Neutralitätspolitik des Bundesrates und dem Kampf des einzelnen. Wir dürfen keinen Tag verlieren, um wirtschaftlich und militärisch bereit zu sein. Wir müssen kontrollieren, ob wir Kommunisten in unserer Verwaltung haben. Wir müssen unser Augenmerk richten auf das, was im Nachrichtendienst von ausländischen Diplomaten geleistet wird. Wenn wir im eigenen Lande Ordnung halten, so machen wir das, was auch den Alliierten genügen muss.

Ich glaube, der einfache Schweizer hat sehr viel politische "Imagination". Wir haben viel besser gespürt, was mit dem Kommunismus kommen wird, als viele grosse Staatsmänner des Auslandes. Meine Meinung geht dahin, dass Herr Petitpierre nicht nach Paris geht. Was in Paris entschieden wird, erfordert noch nicht die Anwesenheit des Aussenministers. Wenn auch die Russen erklären, die schweizerische Neutralität ist nichts wert, so macht es doch vielleicht Eindruck, wenn wir zurückhaltend sind. Herr Bundesrat Petitpierre hat recht, wenn er nicht gehen will.

Hr. Kobelt: Es scheint mir sehr wichtig, dass wir uns über die Gesamtprobleme unterhalten und ich danke dafür, dass man uns diese Gelegenheit heute gegeben hat. Meine Schlüsse aus der Beurteilung der Lage sind, dass wir an unserer bisherigen Neutralitätspolitik umso fester festhalten müssen. Die Alliierten haben im Kriege unsere neutrale Haltung anerkannt. Sie haben es nicht verstanden, dass wir am Schlusse nicht mitgemacht haben. Man versteht im Ausland nicht, dass unser Volk nicht neutral ist, aber die Regierung neutrale Haltung bewahrt.

Gestützt auf die gemachten vielen Erfahrungen müssen wir trotzdem an der Neutralität festhalten. Es fragt sich, was man von unserer Armee verlangen wird. Herr Petitpierre hat festgestellt, dass das europäische Gleichgewicht verschwunden ist. Es ist wieder ein Gleichgewicht entstanden zwischen einem Ostblock und einem Westblock. Auch wenn wir ganz von einem dieser Blöcke umringt sein sollten, werden wir die Neutralität aufrecht erhalten. Herr Petitpierre soll deshalb die Schweiz nicht verlassen. Der Bundesrat soll an der bisherigen Praxis festhalten.

Was die militärische Lage betrifft, bin ich bereit, in der kommenden Sitzung ergänzende Angaben zu machen.

Hr. Rubattel: Wir müssen unsere Neutralität so weit wie möglich aufrechterhalten, aber nur solange, als sich dadurch unsere Situation nicht verschlechtert. Vielleicht zwingen uns die Umstände, unsere Auffassung darüber zu ändern.

Zwischen der Situation von 1937 bis 1941 und heute bestehen doch wesentliche Unterschiede. 1939 war die Neutralität der Schweiz von allen Kriegführenden anerkannt. Wir wurden nie eingeladen, sie aufzugeben. Vielleicht wird man uns diesmal die Frage in sehr bestimmter Form stellen. Wir können nicht mit Sicherheit sagen, welche unsere Politik in der Zukunft sein wird.

Was die Konferenz von Paris anbelangt, schönt es mir, dass die Teilnahme oder Nichtteilnahme eines Mitgliedes des Bundesrates bei der Beurteilung der Haltung der Schweiz keine Rolle spielen wird. Wenn Herr Petitpierre dabei wäre, hätte er vielleicht die Möglichkeit, uns zu nützen.

Hr. Vizepräsident Nobs: Die kritische Prüfung des Problems bestärkt uns nur, den Grundsatz der Neutralität weiter hochzu-

halten. Solange wir nicht angegriffen werden, können wir die Neutralität nicht aufgeben, ohne dass das Schweizervolk in zwei Gruppen gespalten würde.

Mit Bezug auf Auslandsreisen der Bundesräte bin ich nicht der Meinung, dass man im allgemeinen allzu zurückhaltend sein sollte. In diesem Falle jedoch soll Herr Petitpierre nicht nach Paris gehen.

Hr. Petitpierre: Für den Moment sind wir alle für die Weiterführung der Neutralitätspolitik. Der Unterschied in den Auffassungen besteht nur in der verschiedenen Beurteilung der Aussichten einer solchen Politik in unserer heutigen Lage. Es ist sehr wohl denkbar, dass, wenn 1939 die Verteidigung gegen den Nationalsozialismus organisiert worden wäre, der Krieg nicht ausgebrochen wäre. Wir übernehmen gegenüber der Welt eine grosse Verantwortung, wenn wir uns desinteressieren.

Man befürchtet im Lager der Weststaaten, dass, wenn die europäischen Staaten sich über die Verteidigung ihrer Demokratien nicht einigen können, Amerika kein Interesse mehr haben wird, ihnen zu helfen.

Mit Bezug auf die Reise nach Paris, habe ich eine etwas abweichende Meinung. Sollten sich zwingende Gründe ergeben für die Teilnahme eines Mitgliedes des Bundesrates, so müsste ich Sie bitten, auf den Beschluss zurückzukommen. Ich bitte Sie, der Presse nichts mitzuteilen.

Ich möchte noch ergänzen, dass ich die Möglichkeit nicht ausschliesse, dass unsere Neutralität von Sowjetrussland und den Vereinigten Staaten anerkannt wird. Herr Brogolow hat erklärt, die schweizerische Neutralität könnte uns interessieren.

Ich habe Herrn Minister Spaak den schweizerischen Standpunkt erklärt. Das Foreign Office prüft die Frage unserer Neutralität.

In der letzten Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten werde ich sie über das Neutralitätsproblem orientieren.

Hr. Etter: Wir klammern uns nicht an die Neutralität, weil wir damit rechnen, dass wir uns dadurch vom Kriege fernhalten können. Es gibt Konstanten, die bleiben, während die äusseren Situationen wechseln. Der eigentliche Sinn unserer Neutralität liegt darin, dass wir unsere Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit behalten. Wir können der Verteidigung der Demokratie gegen den Kommunismus ebenso grosse Dienste leisten, wenn wir frei sind, wie wenn wir uns in einen Block einspannen lassen. Die Neutralität ist die Klammer, die unsere verschiedenen Sprachgebiete zusammenhält.

Hr. von Steiger: Man kann nicht mit der "neutralité occasionelle" von Schweden und Belgien operieren. Diese Neutralität war Spekulation, die schweizerische Neutralität ist das nicht.

- 11 -

Beschluss: Herr Bundesrat Petitpierre soll nicht nach Paris gehen.

Die Departemente sollen nachsehen, ob es in ihren Diensten Kommunisten hat.

Ausserordentliche Sitzung vom 9. März 1948. (17. Sitzung)

Hr. Petitpierre: Seit gestern ist ein Telegramm unseres Ministers aus London eingetroffen. Das Memorandum der Labourpartei zum Plan Marshall stellt fest, dass die Hilfe Amerikas an Europa an keine politischen Bedingungen geknüpft sei. Sie beschränke sich auf rein wirtschaftliche Massnahmen. Diese Erklärung hat ihre Bedeutung für unsern Beschluss.

Ferner steht jetzt fest, dass alle andern Staaten durch ihre Aussenminister vertreten sein werden. Von Griechenland, Türkei und Island stehen die Antworten noch aus.

Ich habe eine ganze Reihe von Präzedenzfällen gefunden, wo Bundesräte im Ausland an Konferenzen teilgenommen haben. Einige Beispiele: Bundesrat Ador war 1919 als Bundespräsident in Paris, ebenso war Bundesrat Calonder in Paris, um der Friedenskonferenz den Entwurf für den Völkerbundsvertrag vorzulegen. 20 Jahre lang ist der Chef des Politischen Departements bei allen Völkerbundsversammlungen zugegen gewesen. Ebenso haben die Chefs des Volkswirtschaftsdepartementes an verschiedenen Arbeitskonferenzen teilgenommen.

Die Erklärung von Bundesrat Obrecht, dass kein Bundesrat ins Ausland wallfahrten werde, bezog sich nur auf den Fall, dass ein ausländisches Staatsoberhaupt einen Staatsminister zu sich rufe wie dies Hitler getan hat.

Aus diesen Beispielen folgt, dass wir uns bei der Erklärung, die wir für die Nichtteilnahme eines Mitgliedes des Bundesrates in Paris geben müssen, uns nicht mit der Tradition entschuldigen können.

Wir müssen deshalb prüfen, welches sind die Vorteile und welches sind die Nachteile, wenn ein Mitglied des Bundesrates abgeordnet wird.

Als Nachteil kann nur in Frage kommen, dass man in der Teilnahme eines Bundesrates eine Verletzung unserer Neutralitätspolitik erblickt. Diese Gefahr besteht nicht, weil die Schweiz ja sowieso, ob mit oder ohne Bundesrat, an der Konferenz teilnimmt. Wenn also die Neutralität wirklich verletzt würde, würde sie es schon durch die Teilnahme der Schweiz an sich. Es muss hier nochmals festgestellt werden, dass an dieser Konferenz in politischer Beziehung kein Engagement zu treffen sein wird.

In der Teilnahme eines Bundesrates an der Konferenz sehe ich folgende Vorteile:

Man will hier zeigen, dass die Hilfe der USA eine Wirtschaftshilfe und keine politische Hilfe ist. Wir haben ein Inte-

- 12 -

resse daran, zu beweisen, dass auch wir den ganzen Marshallplan nur als wirtschaftliche Massnahme betrachten. Wir haben ein Interesse daran, dass man nicht aus unserer Nichtteilnahme schliesst, es handle sich um einen politischen Akt.

Wir sollten eine tapfere Haltung einnehmen. Wir schwächen nicht nur den Plan Marshall, sondern auch unsere moralische Stellung in der Welt. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir heute das ganze Problem nochmals prüfen und auf unsern Beschluss zurückkommen müssen.

Ich bitte Sie, heute zu beschliessen, dass ein Mitglied des Bundesrates nach Paris geht. Wenn man unterstreichen will, dass es sich nicht um eine politische Frage handle, kann man z.B. den Chef des Volkswirtschaftsdepartementes abordnen. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob wir jetzt wieder zurückkriechen wollten. Unser Beschluss wird im Lande und in der Welt von den einen gerühmt und von den andern verurteilt werden.

Wenn der Bundesrat zustimmt, werde ich die Kommissionen der Räte sofort einberufen und orientieren. Es würde mir sehr schwer fallen, die Nichtteilnahme eines Bundesratsmitgliedes zu rechtfertigen. Ich werde auf alle Fälle vermeiden, eine Begründung zu geben, die uns als zu kindisch (puéril) ausgelegt würde.

Hr. Etter: Ich will nicht in meinem ersten Votum noch nicht definitiv äussern. Ich verkenne die Sorgen des Chefs des Politischen Departementes nicht. Ich verstehe, dass unsere Weigerung bei den Westmächten eine Enttäuschung zur Folge haben kann. Wenn bekannt wird, dass wir es ablehnen, uns durch einen Bundesrat vertreten zu lassen, kann das eine Rückwirkung haben auf die Stellungnahme anderer Staaten.

Ich werde gewisse Bedenken nicht los.

Man sagt, der Marshallplan ist ausschliesslich eine Angelegenheit wirtschaftlicher Natur. Wenn das so ist, warum müssen sich dann die teilnehmenden Staaten unbedingt durch Regierungsvertreter vertreten lassen? Man will doch dadurch der Konferenz einen politischen Charakter geben. Der Sinn ist der, durch diese Konferenz kund zu tun, dass der Westen Europas sich zusammenschliesst. Geht eine solche Kundgebung vom Standpunkt unserer Neutralität aus gesehen nicht zu weit? Wie würden wir uns stellen, wenn man uns einladen würde, einen Vertreter des Bundesrates zu einer Konferenz der Oststaaten zu schicken? Wenn wir uns neutral verhalten wollen, müssten wir eine wirtschaftliche Konferenz der Oststaaten auch besuchen.

Das sind so Bedenken, die mir gestern aufgestiegen sind.

Hr. von Steiger: Die Argumente des Herrn Bundesrat Petitpierre sprechen eher dafür, dass man darauf verzichtet, einen Bundesrat abzuordnen. Er konnte nur zwei Präjudizien anführen. Diese Beispiele früherer Fälle betrafen aber hochpolitische Sachen. Es ist ganz selbstverständlich, dass die Labourpartei betont, dass es sich um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit handle. Wenn es wirklich nur eine wirtschaftliche Konferenz ist, dann geht kein Bundesrat hin, höchstens Herr Bundesrat Rubattel. Wenn

wir einen Bundesrat schicken würden, so würden wir es ja doch nur deshalb tun, weil die Alliierten das wünschen. Man will uns dabei haben und will vor allem den Chef des Politischen Departements dabei haben. Nutzen wird es uns nichts, wenn ein Bundesrat dabei ist. Herr Bundesrat Petitpierre hat mich nicht überzeugt. Was können uns aus einer Ablehnung für Nachteile erwachsen? Diese werden darin bestehen, dass man über unsern Beschluss nicht gerade erfreut ist. Wenn man es richtig erklärt, werden sie uns verstehen. Wir unterstreichen auf alle Fälle unsere neutrale Haltung besser. Wenn Herr Bundesrat Petitpierre meint, es sei schwer, eine Erklärung abzugeben, die nicht zu "puéril" aussieht, so geht er hier wirklich etwas weit.

Hr. Kobelt: Ich glaube auch nicht, dass uns die Nichtabordnung eines Bundesrates schadet. Wenn wir die neutrale Haltung wahren wollen, dürfen wir nicht von der bisherigen Praxis abweichen. Es kommt nicht auf das Gleiche heraus, ob wir durch ein Mitglied des Bundesrates vertreten sind oder nicht. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir der Sache heute eine grössere Bedeutung beimessen als früher.

Hr. Rubattel: Ich glaube, dass die Anwesenheit eines Mitgliedes des Bundesrates unsere Stellung in Paris stärken könnte. Ein Mitglied des Bundesrates könnte den übrigen Teilnehmern mit viel mehr Autorität und viel besser sagen, warum wir bei der politischen Sache nicht mitmachen können. Die Teilnahme eines Mitgliedes des Bundesrates würde nur beweisen, dass wir bereit sind, am Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Für den Vertreter des Bundesrates aber würde sich Gelegenheit bieten, den Standpunkt der Schweiz wahrzunehmen. Es hat also sicher die Abordnung eines Bundesrates auch Vorteile, die die Nachteile überwiegen. Man hat gefragt, was wir machen würden, wenn uns die Oststaaten zu einer Wirtschaftskonferenz einladen würden. Ich glaube, wir sollten dort auch hingehen.

Hr. Vizepräsident Nobs: Ich gebe zu, dass die politische Organisation von Westeuropa eine Notwendigkeit ist. Diese Aufgabe obliegt den Staaten, die ein Neutralitätsstatut nicht kennen. Wir sollten den Besuch der Konferenz durch einen Bundesrat ablehnen.

Wir machen mit beim Marshallplan und stehen auf dem Boden, dass uns das nicht in irgendeine Staatenkombination hineinzieht. Es geschieht im Hinblick auf die Amerikaner. Vielleicht nützt uns diese unsere Stellungnahme aber auch im Hinblick auf die Russen und auf unsere eigenen Leute.

Ich stimme doch den Herren zu, die dargelegt haben, dass es sich um eine politische Sache handle und um einen ersten Schritt. Ich habe namentlich die Befürchtung, dass das in unserm Lande sehr grosses Aufsehen machen wird. Man wird uns dann sehr deutlich schon auf dem Wege zur westlichen Staatenkombination sehen. Unsere nationale Einigkeit wird in Frage gestellt.

- 14 -

Solange wir nicht in einer eigentlichen Zwangslage sind, die Neutralität aufzugeben, bin ich für eine Politik der Zurückhaltung.

Sie hätten somit beschlossen, dass kein Mitglied nach Paris geht.

Hr. Petitpierre: Man darf bei der Stellungnahme die vielen Konferenzen in Genf, an denen wir teilgenommen haben, nicht ausser acht lassen. An alle diese Konferenzen wäre der damalige Aussenminister auch gegangen, wenn sie im Ausland stattgefunden hätten.

Was das Risiko betrifft, dass wir zu einer Konferenz der Oststaaten eingeladen werden könnten, so werden wir gehen, wenn die Einladung an alle Staaten geht.

Was den Ausdruck "puéril" anbelangt, so halte ich dafür, dass die Berufung auf die Neutralität ein ernsthaftes Argument für die Nichtteilnahme eines Bundesrates wäre, während eine Begründung, dass wir nicht kommen, weil wir bisher noch nicht gegangen seien, als kindisch (puéril) empfunden werden wird. In diesem Sinne war mein Votum zu verstehen. Ich werde mich bemühen, eine möglichst gute Argumentation zu finden, die von den andern auch verstanden wird.

Ich schlage Ihnen vor, die Delegation wie folgt zu bestellen:

Minister Burckhardt als Chef.

Herr Legationsrat Bauer (chargé des affaires économiques) und ein weiteres Mitglied, das noch zu ernennen wäre, evtl. Herr Legationsrat Zutter.